Nr. 593 47. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Dienstag, 19. November 1918

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Tagung der Arbeiterräte im Zirkus Busch.

Für und gegen die konstituierende Versammlung.

Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Im Zirkus Busch versammelten sich heute vormittag sämtliche Arbeiterräte Groß-Berlins zur Entgegennahme des Berichts des Vollzugsrats über seine bisherige Tätigkeit. Ebert wohnte der Tagung bei. Leiter war das Mitglied des Vollzugsrats Molkenbuhr. Richard Müller vom Vollzugsrat erstattete den Bericht. Er führte dabei im wesentlichen aus:

„Noch ist dem deutschen Volke nicht klar geworden, in welch furchtbares Elend wir durch den Krieg hineingetrieben wurden und welch schwere Zeit vor uns liegt. Der Mangel an Rohstoffen wird zu großer Arbeitslosigkeit führen, wozu noch das drohende Gespenst der Hungersnot kommt. In dieser verzweifelten Lage haben wir die Regierung übernommen. Fast übermenschliche Kraft war aufzuwenden, um den vielfachen Anforderungen des Amtes gerecht zu werden und den vielen Hilferufen aus Deutschland abzuhelfen, was allerdings nicht immer in unserer Macht stand. Das Abgeordnetenhaus, wo wir unsern Sitz haben, wird täglich von Menschenmassen [illegible]lich belagert, die bei uns Hilfe suchen. Erschwerend hierbei [illegible] daß wir zwar mit großer Macht ausgerüstet sind, daß uns [illegible] ein durchgebildeter Beamtenapparat fehlt, der der alten Regierung zur Verfügung stand. Allerdings sehen wir jetzt, wie die Sitzen jener Regierung aus allen Ecken hervorkriechen und sich an uns heranschlängeln, doch sind wir ihnen gegenüber auf der Hut. Unsere erste Aufgabe war, Ruhe und Ordnung in Berlin herzustellen. Der Sicherheitsdienst mußte eingerichtet werden, weil uns die Schutzmannschaft nicht zuverlässig erschien. Die nun herangezogenen Soldaten haben nach jeder Richtung hin ihre Schuldigkeit getan, doch waren unter ihnen auch

unlautere Elemente,

die Ausschreitungen verübten, meist veranlaßt durch die mangelhafte Sicherstellung ihrer Verpflegung während der ersten Revolutionstage. Plünderungen wurden von einzelnen und von ganzen Banden verübt, bis wir durch energische Maßnahmen dem Unheil steuern konnten. Die Sicherstellung der Ernährung konnte bisher befriedigend gelöst werden, hauptsächlich durch die von Immanuel Wurm geschaffene Organisation. Sorge verursachten uns anfangs die Anfänge einer Gegenrevolution. Es tauchten Putschversuche auf, an denen Offiziere beteiligt waren und die auf den Sturz der Republik hinarbeiteten. Diese Gefahr schien uns so groß, daß die Errichtung einer roten Garde aus Zivilisten geboten werden sollte. Der Plan mußte jedoch wegen der Gegnerschaft der Soldaten wieder fallen gelassen werden. Jetzt scheint die Gefahr einer Gegenrevolution nicht mehr so groß zu sein. Aber eine andere Gefahr droht. Ueberall bildeten sich Ausschüsse und Kommissionen, die sich allerlei Rechte anmaßten und Verfügungen in die Welt schickten, die eine heillose Verwirrung anrichteten. Um diesem Unwesen zu steuern, mußte eine Verfügung erlassen werden, die besagte, daß lediglich der Arbeiter- und Soldatenrat die allein maßgebende Behörde sei.

Das Zurückflutenden Truppen

verursacht viel Arbeit und Sorge. Die militärischen Dienststellen bestürmen uns mit Depeschen um Hilfe, die wir aber meistens nicht gewähren können. Auch die Demobilisierung der Heimatkruppen haben wir zu leiten. Hierbei arbeiten wir Hand in Hand mit der Regierung und dem Kriegsministerium. Weitere Schwierigkeiten erwachsen dem Vollzugsausschuß auf dem Gebiete des Sanitätswesens und auf dem der Kontrolle über die Behörden und Kriegsgesellschaften. In letzteren sind Werte von vielen Millionen aufgespeichert und unsaubere Elemente suchen besondere Geschäfte zu machen. Bei der Kontrolle der Kommunalverwaltungen sind leider Mißgriffe vorgekommen. So beschwerte sich gestern eine Gemeinde, daß die ihr gesandten Kontrolleure sich übel betragen hätten. Sie beriefen eine Sonntag eine Gemeinderatssitzung, schossen die Gemeindevertreter ein und durchsuchten dann Fleischer- und Bäckerläden nach Nahrungsmitteln. Der Vollzugsrat tat einen wichtigen Schritt, als er in Arbeiterkreisen die Vollzugsgewalt den freien Gewerkschaften übertrug. (Rufe: Leider!) Wir im Vollzugsrat sind eben nicht in der Lage, in Streitfällen zwischen Unternehmern und Arbeitern einzugreifen. Dazu mußte eine Instanz geschaffen werden, und an den Arbeitern liegt es jetzt, die Führer der Gewerkschaft anzutreiben und ihnen den zu gehenden Weg vorzuschreiben. Die Arbeiterfrage muß gelöst werden durch die Gewerkschaften im Einverständnis mit den politischen Parteien. Fügen sich einzelne Unternehmer nicht, oder legen sie ihre Betriebe still, so werden wir diese enteignen. Die Uebertragung der Vollzugsgewalt auf die freien Gewerkschaften hat bei den Angestelltenverbänden Entrüstung ausgelöst. Diesen Verbänden möchten wir die Frage vorlegen: Wo waret ihr vor der Revolution, und hat ihr jemals versucht, der Reaktion die Stirn zu bieten? Sobald ihr euch aufrafft, die Revolution mitzuverteidigen, sollt ihr die Macht haben, vorläufig aber bleibt ihr unter der Kontrolle der freien Gewerkschaften. Jetzt bilden sich überall Räte, auch Räte der geistigen Arbeit. Eine diese aber in unseren Rat aufgenommen werden, müssen wir wissen, wer sie sind und was sie wollen. Wenn jene Leute Einfluß gewinnen sollten, so wären wir wert, davongejagt zu werden. Wir wollen nicht Parasiten aufnehmen, die sich jahrzehntelang vom Marke des Volks ernährt haben. Neben Hausbesitzerräten fehlen jetzt nur noch Millionärräte. Allen werden wir zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Aus allen diesen Vorgängen heraus erklärt sich der Schrei nach der Konstituante. Man will auf diesem Wege die proletarische Gewalt in die Hände der bürgerlichen Kreise überleiten.

Wir aber wollen keine demokratische, sondern eine sozialistische Republik.

(Widerspruch und Unruhe.) Die Konstituante ist ein Problem, das in der Zukunft liegt. Die Staatsgewalt, die sich heute in unseren Händen befindet, wollen wir festhalten. Die Nationalversammlung bedeutet für uns das Todesurteil, und der Weg zur Konstituante wird nur über meine Leiche führen. (Widerspruch und Beifall.) Wir befinden uns jetzt in einem Provisorium, das möglichst bald beseitigt werden muß. Es soll demnächst ein Zentralkongreß sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Deutschland einberufen werden, der einen neuen, für ganz Deutschland bestimmten Vollzugsrat ernennen soll. Neuerdings wird vielfach versucht, die sozialistische Republik zu diskreditieren. Es wird auch behauptet, daß Agrarier im Osten Lebensmittel in den Wäldern vergraben, um sie den Städten vorzuenthalten. Nun, solchen Herrschaften muß gesagt werden, daß sie die Diktatur des Proletariats haben können und daß wir sie rücksichtslos behandeln werden, wenn sie uns das Leben schwer machen. (Lebhafter Beifall.)

Nach dieser Rede wurden mehrere

Anträge und Entschließungen

eingebracht.

Dann sprach Haase: Er betonte die Notwendigkeit, die Nationalversammlung einzuberufen, vor der sich niemand zu fürchten brauche. Die Errungenschaften der Revolution dürften dadurch nicht verloren gehen.

Rechtsanwalt Dr. Thiele führte aus, daß die Groß-Berliner Anwaltschaft geschlossen hinter den Bestrebungen und Forderungen der Revolution stehe und sich zur Mitarbeiterschaft am gemeinsamen Werk freudig bereit erkläre. Das Hauptbestreben sei die Einberufung der Nationalversammlung. In ähnlichem Sinne äußert sich Geheimer Justizrat Fuchs, ebenfalls im Namen der Anwaltschaft.

* * *

Die Gegensätze zwischen denjenigen, die das Schicksal und die Zukunft des Landes nach dem demokratischen Gerechtigkeitsprinzip nur durch eine vom ganzen Volke gewählte Konstituierende Versammlung regeln lassen wollen, und den Anhängern einer proletarischen Diktatur haben sich in den letzten vierundzwanzig Stunden erheblich verschärft. Der Verlauf der Beratungen, die mit der heute im Zirkus Busch tagenden Versammlung der Arbeiterräte begonnen haben, kann entscheidend werden. Zugleich mit der Frage der Konstituierenden Versammlung steht die Frage zur Entscheidung, wer heute in Deutschland regiert und wer regieren soll. Liegt die oberste Autorität bei der Regierung, oder liegt sie bei den Arbeiter- und Soldatenräten, und ist die Regierung nichts als ein Vollzugsinstrument dieser aus der Revolution hervorgegangenen Körperschaften?

Die Regierung tritt fast einstimmig für die Einberufung der Konstituante ein. Nicht nur Ebert, sondern auch Haase spricht sich entschieden in diesem Sinne aus. Haase, dessen Aufgabengebiet jetzt die auswärtige Politik umfaßt, weiß sehr genau, daß wir weder den Frieden, noch die Hilfe Amerikas bei Ueberwindung der drohenden Ernährungsschwierigkeiten, noch ein freundschaftliches Verhältnis zu den anderen Völkern erhalten können, wenn die proletarische Diktatur Deutschland beherrscht. Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands hat heute an der Spitze des „Vorwärts" einen Aufruf zum Wahlkampf veröffentlicht. Es heißt darin:

Rechts sammeln sich die alten bürgerlichen Parteien, um die Geschicke Deutschlands möglichst in ihrem Sinne zu beeinflussen. Links von uns stehen Gruppen, welche die Entwicklung in Rußland hinzuzerren wollen, die unseren demokratischen Grundsätzen widersprechen. Schwere Kämpfe stehen uns daher bevor! Im kommenden Frühjahr sind Vertretungskörperschaften für Reich, Staat und Gemeinden zu wählen. Ein äußerst rege Agitations- und Werbearbeit muß einsetzen!"

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands rechnet also mit der Einberufung der Konstituierenden Versammlung. Man muß beachten, daß er die Wahlen erst „im kommenden Frühjahr" zu erwarten scheint, immerhin aber betont er andauernd seine demokratischen Grundsätze, als Antwort auf die Forderung nach proletarischer Diktatur.

Auch die „Freiheit", das Organ der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, lehnt die Nationalversammlung nicht grundsätzlich ab, während die „Rote Fahne" der Spartacusgruppe natürlich von keiner derartigen Versammlung irgend etwas wissen will. Vorläufig hat ja die Regierung, wie heute früh zu erlesen war, erklären lassen, die Wahlen fänden noch nicht am 2. Februar statt, der Termin sei noch unbestimmt. Gleichzeitig scheint sie, um den Linkselementen entgegenzukommen, bereit zu sein, die Sozialisierung schon vor dem Zusammentritt einer gesetzgebenden Versammlung zu beginnen.

In der heutigen Versammlung im Zirkus Busch sind Beschlüsse noch nicht gefaßt worden — man hat viele Anträge eingebracht und will schließlich alles einem Ausschusse überweisen. Der allgemeine Eindruck war, daß der Berichterstatter Müller, Mitglied des Vollzugsrates, der erklärte, daß der Weg zur Nationalversammlung nur über seine Leiche gehen würde, eine starke Anhängerschaft besaß, aber bei der großen Verwirrung war es nicht möglich, die wahre Stimmung der Mehrheit festzustellen.

Was geht in Posen vor?

Die polnischen Loslösungsbestrebungen.

Aus der Provinz Posen sind in den letzten Tagen allerhand alarmierende Nachrichten gekommen. Die Polen scheinen offen die Loslösung der Provinz vom Deutschen Reiche vorzubereiten. Täglich gehen uns zahlreiche Briefe von Deutschen zu, die diese politischen Bestrebungen mit Einzelheiten belegen, während die Polen alles abzustreiten versuchen. Die Tatsachen aber sprechen gegen die Polen. Die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten haben die Polen benutzt, um in den verschiedensten Bezirken die Gewalt in ihre Hände zu bringen. In Posen hat man den Oberbürgermeister Dr. Wilms, der, wie alle Stadtoberhäupter, seinerzeit aus der freien Wahl der Stadtverordneten hervorgegangen ist, kurzerhand abgesetzt und durch den polnischen Rechtsanwalt Dr. Drwenski ersetzt. Zum Polizeipräsidenten hat man den polnischen Rechtsanwalt Celichowski gemacht, und hat auch die meisten städtischen Ehrenämter der Stadt, vornehmlich im Ernährungswesen, den Deutschen abgenommen. In gleicher Weise ist man verfahren in Wronke, Samter und Ostrowo und hat auch hier die deutschen Bürgermeister beseitigt und die Polizeigewalt in polnische Hände gebracht. Polnische Agitatoren, voran Herr Korfanty, der nach Posen übergesiedelt ist, haben eine umfangreiche nationalistische Propaganda eingeleitet. Listen für Freiwillige sind aufgelegt, und etwa 20—25 000 haben sich bereits eingeschrieben, die nur auf das Stichwort warten, um sich im Falle eines bewaffneten Konflikts zur Verfügung zu stellen. Wenn man ferner weiß, wie die Polen sich seit Jahrzehnten in den Ostmarken ihre Landsleute in Turn-, Gesang-, Geselligkeitsvereinen, in Genossenschaften und politischen Verbänden bis fast auf den letzten Mann zusammengeschlossen haben, wie sich stets auch die Kirche in den Dienst der nationalpolnischen Sache gestellt hat, so kann man sich ungefähr eine Vorstellung von dem Umfange der geschlossenen Macht machen, die jetzt hinter den polnischen Führern steht.

Der Zweck dieser Bestrebungen ist offenbar, noch vor dem Zusammentritt der Friedenskonferenz eine vollendete Tatsache zu schaffen und die Provinz Posen dem polnischen Reiche anzugliedern. Das geht unzweideutig auch aus einem Telegramm hervor, das Pilsudski, der augenblickliche Diktator Polens, an die Regierungen aller kriegführenden und neutralen Staaten gerichtet hat. Darin wird „die Entstehung des unabhängigen polnischen Staates notifiziert, der alle Teilungsgebiete umfaßt". Demgegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß erst die Friedenskonferenz über das Schicksal der Provinz Posen zu entscheiden hat, und zwar auf Grund des Wilsonschen Programms, das nur die Gebiete, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, dem polnischen Staate zuerkannt wissen will, und selbst das auch nur dann, wenn dadurch nicht „neue oder gesichtete werden. Nun liegen aber die Verhältnisse so, daß, nach den Reichsziffern der letzten Volkszählung vom Jahre 1910, nur der östliche Teil der Provinz, der Regierungsbezirk Posen, von einer überwiegend polnischen Bevölkerung (67,88 Prozent) bewohnt ist, während der westliche Teil, der Regierungsbezirk Bromberg, zu gleichen Teilen von deutschen und Polen (etwa 50 Prozent) bevölkert ist. Würde also die deutsche Regierung durch ein laissez faire, laissez aller den polnischen Bestrebungen noch weiter untätig zusehen, so würden große deutsche Volksteile den Polen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und da die Provinz Posen als Ueberschußgebiet für die Ernährung nicht zuletzt Groß-Berlins eine entscheidende Rolle spielt, so würde auch die Lebensmittelversorgung Preußens in Frage gestellt. Die Polen aber haben sich gerade in der letzten Zeit so außerordentlich intolerant gezeigt, haben in Galizien die schlimmsten Judenhetzen veranstaltet, haben die Deutschen aus Posen mit Schmach und Schande aus dem Lande gejagt und haben alles deutsche Eigentum, und ganz besonders das rollende Eisenbahnmaterial, beschlagnahmt.

Das alles sind Tatsachen, die uns eine ungefähre Vorstellung von dem Schicksal machen können, das deutschen Volksteilen unter polnischer Mißherrschaft bevorstehen würde, falls dem Treiben der Polen in Posen nicht rasch und wenn es sein muß mit Zwangsmitteln, Einhalt geboten wird.

Das Vorgehen der Polen ist selbst mit den klaren Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages unvereinbar. Darin steht kein Wort über eine Räumung Posens. Im Gegenteil, ausdrücklich wird verlangt, daß die deutschen Truppen im Osten bloß hinter die Linie vom 1. August 1914 zurückgezogen werden. Woher nehmen also die Polen das Recht zu ihren Eigenmächtigkeiten? Der Reichsleitung ist, wie wir erfahren, auch noch nichts bekannt davon, daß die Entente den Polen ohne Weiteres die Provinz Posen zuerkennen will.

Oder versuchen die Polen, gerade weil sie sich ihrer Sache durchaus nicht sicher sind, rasch ein fait accompli zu schaffen?